

# Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

**Erscheint**  
täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage für den  
nächstfolgenden Tag.  
**Bezugspreis:**  
Durch Boten frei ins Haus geliefert vierteljährlich Mark 3.15,  
monatlich Mark 1.05. Durch die Post bezogen vierteljährlich  
Mark 3.15 ausschließlich Postgebühren.  
Einzeln Nummern 10 Pfennig.

zugleich  
**Oberlungwitzer Tageblatt**  
und  
**Gersdorfer Tageblatt**

**Anzeigenpreis:**  
Preis-Anzeigen die 6-gelappte Korpuszeit 25 Pfennig, auswärtige  
35 Pfennig, die Reklamezeit 75 Pfennig. Gebühr für Nachweis  
und Lagernde Briefe 20 Pfennig besonders.  
Bei Wiederholungen tarifmäßiger Nachsch. Anzeigenaufgabe durch  
Fernsprecher schließt jedes Beschwerderecht aus. Bei zwangsweiser  
Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfall  
gelangt der volle Betrag unter Wegfall jeden Nachlasses in Anrechnung.  
Sämtliche Anzeigen erscheinen ohne Aufschlag im  
„Oberlungwitzer Tageblatt“ und im „Gersdorfer Tageblatt“.

**Tageblatt für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Röseldorf, Bernsdorf, Wüstenbrand, Mittelbach, Grüna, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Langenchursdorf u. a.**

Nr. 60.

Bezugspreis Nr. 151

Donnerstag, den 13 März 1919

Bezugspreis Nr. 151

46. Jahrgang

## Sparkassen-Verlegung.

Wegen Verlegung der Geschäftsräume nach der Altstadt bleibt die

### Käufliche Sparkasse

vom 12 bis 15. März d. J. für den Verkehr geschlossen.  
Die Girokasse ist in den neuen Räumen Altmarkt 30 (Ecke Bismarckstraße),  
Erdgeschoss, links, an den Vormittagen des 13. bis 15. März geöffnet.  
Hohenstein-Ernstthal, den 7. März 1919. Der Stadtrat.

## Landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen

in großer Anzahl sofort nach auswärts gesucht. Lohn- und Arbeitsbedingungen sind günstig.  
Verpflegung und Unterkunft durchweg gut. In kleinen landwirtschaftlichen Betrieben rechnen die  
Leute wie zur Familie. Näheres im Arbeitsnachweis.  
Hohenstein-Ernstthal, den 12. März 1919. Städt. Arbeitsnachweis.

Ein kleiner Posten Nähfabrik gelangt **Donnerstag, den 13. März, im Krumbiegelhaus**  
an die aus dem Heeresdienst entlassenen Schneider und sonstige Nähfabrik verarbeitende Kleinrentner  
zur Ausgabe.  
Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, am 12. März 1919.

## 1. städtische Verkaufsstelle.

Donnerstag **Perlage**. 1 Pfd. 1.30 Mk. 1 Person 150 Gramm. 8-9. 1-150, 9-10.  
161-300

## 2. städtische Verkaufsstelle.

Donnerstag **9-12 Zwischad**. 1 Paket 40 Pfg. an Kinder bis 2 Jahren und Personen  
über 70 Jahre. Vorlegung der Lebensmittel- und Brotkarte.

## Die Abgabe des nicht belieferten C-Abschnittes

hat bis zum 14. März im Rathaus - Zimmer Nr. 7 - zu erfolgen. Diejenigen, die den C-Abschnitt  
nicht abgeben, gelten als voll beliefert.  
Auch diejenigen auf Abschnitt C mit Kartoffeln voll eingedeckten Personen haben sich  
ebenfalls bis 14. März zu melden. Sofern letzteres nicht geschieht, erfolgt in solchen Fällen die  
Erklärung der Brotkarte um 1 Pfund.  
Oberlungwitz, am 12. März 1919. Der Gemeindevorstand.

## Die Ausgabe der neuen Briefkarten

erfolgt **Donnerstag, den 13. d. M., von vormittag 8-12 und nachm. 2-4 Uhr im Rathaus,**  
Zimmer 9.  
Briefkarten erhalten nur die Kinder von 1/2-4 Jahren und Personen über 65 Jahre.  
Altersnachweise sind vorzulegen.  
Oberlungwitz, am 12. März 1919. Der Gemeindevorstand.

## Warenverkauf.

Donnerstag, den 13. d. M., wird auf die Lebensmittelkarte Nr. 88 1/2 Pfd. Marmelade  
für 50 Pfg. abgegeben. In den Verkaufsstellen von Ecker, Konsumverein, Hähnel, Vorwerk,  
F. Müller, Unger und Franke an Stelle von Marmelade 1/2 Pfd. Kunsthonig für 40 Pfg. Auf  
Nr. 89 1/2 Pfd. Hafersflocken. Auf Nr. 90 wird in den Geschäften von Röber, Konsumverein  
Haushalt, Miffelwitz, Hahn, Seidel, Franke, Unger und Erler 1 Hering für 40 Pfg., bei Förster,  
Kallala, Vorwerk, F. Müller, Hähnel und Naumann 1 Hering für 35 Pfg. verkauft, bei Dietel,  
im Konsumverein 1/2 Pfd. Käse für 55 Pfg., bei Voitel, M. Müller und Zimmermann, Klipp-  
fisch für 63 Pfg. Im Konsumverein Haushalt und in der Filiale des Konsumverein 1 gibt es  
außerdem noch einen kleinen Posten ger. Klippfisch, 1/2 Pfd. für 63 Pfg. Die Nr. 1 der neuen  
Briefkarte wird mit 1 Paket Lebkuchen für 32 Pfg. beliefert.  
Oberlungwitz, den 12. März 1919. Der Gemeindevorstand.

## Deutsche Nationalversammlung.

(Schluß der Montagsitzung.)

Abg. Eisenberger (Bav. Bauernbündl.):  
Man möge vor allem auch an das Pflanzengeld  
der Großgrundbesitzer appellieren. Im Krieg  
haben die Großgrundbesitzer es daran sehr  
fehlbar lassen, während der mittlere und kleinere  
Bauernstand in vollem Maße seine Pflicht getan  
hat. Wer sein Land nicht bebaut, der hat kein  
Recht, Land zu besitzen. Wenn wir jetzt über  
Sozialisierung sprechen, so möchte ich sagen, daß  
der Großgrundbesitzer, der bisher für die  
Volksrechnung getan hat, aufgegeben werden  
müßte.  
Abg. Dürke (Deutsche Sp.): In den  
Städten sieht man Tausende von Arbeitslosen  
auf den Straßen, während auf dem Lande keine  
Arbeiter zu bekommen sind. Streitenden gehen  
über verlangen wir unter allen Umständen Gewalt  
gegen Gewalt. Die Sozialisierung in der  
Landwirtschaft würde der größte Reiz für den  
Landbesitzer sein. Die Landwirte brauchen höhere  
Preise, sonst stehen wir vor einer Katastrophe.  
Reichsminister Zehndt: Ich habe eine Er-  
klärung der Briefe ab; allerdings könnte auch eine  
Zerlegung bei den meisten Gegenständen nicht in  
Frage kommen.

Darin schließt die Besprechung. Der Antrag  
des Reichswirtschaftsarchivbesitzes wird ange-  
nommen.

Weimar, 11. März.

Präsident Hebrich eröffnet die Sitzung um  
10 Uhr 20 Min. und teilt mit, daß die Verord-  
nung des in Halle getöteten Oberleutnants von  
Klüber heute nachmittag 3 Uhr dafelbst stattfinden  
wird. Die Nationalversammlung wird durch eine  
Aberkennung bei der Besetzung vereinen sein und  
durch diese einen Kranz zu Ehren des Verstor-  
benen niederlegen lassen. Die Nationalversamm-  
lung habe die Worte der Anerkennung und des  
Dankes für den in beständlicher Weise Diensten  
stehenden an.  
Auf der Tagesordnung stehen zunächst An-  
fragen.

Auf die Frage des Abg. Vohmann (Zos.),  
was die Regierung zur restlosen Erfüllung der  
auf dem Lande vielfach verborgenen gehaltenen  
Kartoffelbestände zu tun gedenke, erwidert Er-  
nährungsminister Zehndt, daß die zentralen  
Behörden wiederholt zu scharfer Erfüllung  
aufgefordert wurden, und daß die Transporte  
bei Eintritt hiesiger Wettere in verhärteter  
Weise niedergehalten werden würden.

Es folgt die Interpellation Armbradt und  
Gen. über das

### Verhältnis von Staat und Kirche

Abg. Rummel (Deutschnat. Sp.): Es ist  
das Empfinden vieler Volksgenossen, daß wir  
an der Schwelle eines neuen Kulturkampfes  
stehen. Unser armes Vaterland braucht im In-  
nern Ruhe und Frieden, aber die Herren Ober-  
und Zehndemann haben ihm diesen Frieden  
nicht gegönnt. Eine ihrer ersten Taten war,  
den Sprecher der freireligiösen Gemeinde, Herrn  
Adolf Hoffmann, an die Spitze des protestan-  
tischen Kultusministeriums zu stellen. Redner erörtert  
dann die vom sächsischen Volksbeauftragten auf-  
erlassenen Verordnungen über das Verhältnis  
von Kirche und Staat. Und habe auch die Zi-  
muntenschule durchgeföhrt, ohne irgendwie für den  
konfessionellen Religionsunterricht zu sorgen.  
Ebenso ist in Hamburg die Grundschule des reli-  
giösen Zwistes in die Verordnungen hineingewor-  
den worden. In Braunschweig hat man sich  
nicht einmal damit angehalten, Verordnungen  
zu machen. Die Schulbücher der Hauptstadt wer-  
den hier von den sogenannten Volksschulräten  
zu einer antichristlichen Weisheitslehre im Ton  
zusammengebracht, bei der es geradezu unglaub-  
lich ist. In Mecklenburg planen die General-  
räter die konfessionelle Einheitschule. Wir  
sind der Regierung zu stellen. Ich werde auf  
dem Wege geistlicher Verordnungen. Wir fordern  
für unsere Kinder die christliche Schule und den  
christlichen Religionsunterricht, der politisch zu er-  
teilen ist. Die Deutschnationale Volkspartei  
kämpft für die Erhaltung der kirchlichen Grund-  
lage im Staat, Familie und Schule. Die Ziele  
der Jugend für den lebendigen Glauben zu ge-  
winnen, ist des christlichen Lehrers heilige Auf-  
gabe. Hier liegen die Kräfte, durch die wir uns  
in Zukunft überwinden können.

Reichstagspräsident Dr. Brüning: Der Mi-  
nister des Innern, der in dringenden Ange-  
legenheiten nach Berlin berufen worden ist,  
hat leider der Vertretungsbefugnisse wegen nicht  
rechtzeitig hier erscheinen können. Ich habe im  
Namen der Reichsregierung folgende Erklärung  
abgegeben: Das Reich besitzt gegenwärtig keine  
Zuständigkeit auf dem Gebiete des Unterrichts-  
wesens. Die Regierung kann deshalb nicht gegen  
einzelne staatliche Eingriffe in die Angelegen-  
heiten des Religionsunterrichts Stellung nehmen. In-  
wiefern in die Reichsverfassung Normativbestim-  
mungen über das Unterrichtswesen aufgenommen  
sind, wird bei Beratung der Reichsverfassung zu  
prüfen sein.

Abg. Sellmann (Zos.): Bei der Be-  
handlung der Angelegenheit von Kirche und  
Staat hat sich die ganze Heberhebung und Verach-  
tung der kirchlichen Streitigkeiten gezeigt. Die Kirche  
ist nur eine vorübergehende Erscheinung. Die  
Kirche selbst hat schuld daran, daß so große  
Teile des Volkes ihr feindlich gegenüber sind.  
Vorn und Widerstand rechts und im Jert-  
raum. Wir geben aber ohne weiteres zu, daß  
die einzelstaatliche Eingriffe in den Religions-  
unterricht tatsächlich unklar und vielfach auch un-  
lösbar waren. Sie waren auch unethisch, weil  
sie der deutschen und den einzelstaatlichen Na-  
tionalversammlungen vorgriffen. Diese einzel-  
staatlichen Eingriffe entsprangen letzten Endes  
aber der Lächerlichkeit und Schwäche der einzel-  
staatlichen Regierungen. Wir verlangen im Interesse der vollen  
Gewissensfreiheit die Bestätigung des religiösen  
Unterrichts als besonderen Unterrichtsgegenstand.  
Die religionslose Schule soll nicht religionsfeind-  
lich sein, nur freidenkend. Unser Ideal ist die  
duldende Menschlichkeit von Lessings Kathen.

Abg. Dr. Wambach (Zentr.): Wir haben  
ein heterogenes Bild von den Mitgliedern einiger  
Glaubensgruppen erhalten. Wir wollen, daß der  
Religionsunterricht unter Aufsicht der Kirche ein  
Teil des Lehrplanes der Volksschule sei. Das  
Reich ist allerdings nicht zuständig, aber eine  
freundliche Einwirkung wäre wünschlich. Wir  
müssen Gewicht darauf legen, daß die Sicher-  
stellung der staatsbürgerlichen Rechte des einzel-  
nen und die Gewissens- und Religionsfreiheit in  
der Reichsverfassung festgelegt werden.  
Hierauf wird die Weiterberatung auf 3 Uhr  
verlegt.

Nachmittags Sitzung.

Abg. Reich (Zentr.): Die Regierung hat  
recht, wenn sie sich für unzuständig erklärt. Wir  
wollen das Verhältnis von Kirche und Staat in  
inhaltslos religionsstreudlichen Sinne gelöst ha-  
ben. In Stellung und Bedeutung des Reli-  
gionsunterrichts in der Schule hängt ab von  
der Auffassung über die Staatschule. Wegen der  
Mängel des Unterrichts, die ich durchaus nicht  
verstehe, soll man ihn aber nicht aus der Schule  
heraus nehmen, sondern daran arbeiten, daß eine  
durchaus eine innere Reform des Religionsunter-  
richts herbeigeföhrt wird. Ein so reformierter  
Religionsunterricht ist ein wesentliches und orga-  
nisches Glied im Lehrplan der Schule. Ohne  
Religionslehre und -erlebnisse dürfen wir  
unsere Jugend nicht lassen. Gerade der Gedanke  
der Einheitschule würde sehr darunter leiden,  
wenn die religionslose Schule viele Eltern nö-  
tigt, ihre Kinder in religiöse Privatstudien zu  
schicken. Möge ein festes, männliches, freigeist-  
es, aber auch fromm empfindendes Geschlecht  
erzogen werden, welches das Ererbte und  
das Überlebende haben läßt. Weisheit bei den  
Demokraten, rechts und im Zentrum. Der Red-  
ner wird von vielen Abgeordneten, darunter auch  
Rummel, begrüßt.

Abg. Sellmann (Zentr.): Die Er-  
klärung der Regierung war für uns in keiner  
Weise beruhigend. Wir fordern die christlichen  
Volksschulen und den christlichen Unterricht in  
der Volksschule. Wir fordern den Religionsunter-  
richt nicht in kirchlichen Gesellschaften und nicht  
im Hause nehmen. Verlassen sie nur hinzuzu-  
bringen in die Leben des Volkslebens und sie  
werden wissen, daß das Religiöse für die we-  
sentlichen Volksteile noch immer das Heiligste und  
Zentrale ist, das ausfallen niemand sich unter-  
lassen sollte.

Abg. Dr. Wambach (Zentr.): Die  
Religion darf nie und nimmer zu einer Partei-  
sache herabstufen. Die Religion ist das größte  
und heiligste Volksgut, das es gibt. Der Reli-  
gionsunterricht soll an erster Stelle in der Schu-  
le stehen. Wir wollen Gewissensfreiheit für  
den Vater und das Kind und dann fordern wir  
Arbeit der Schule von der christlichen Aufficht.  
Ein Glauben des Christentums nach uns alle über  
die heutige Verfassung, aber um geben die Sit-  
tlichkeit nicht durch Parlamentsbeschüsse und  
Kommandobefehle, sondern nur durch eine reli-  
giöse Erziehung.

Präsident Dr. Brüning: Wir  
wollen heute vor allem auf die Fortsetzung der  
Zustimmung der Reichsregierung gehen. Daher kommt  
es, daß Reichsminister Reich nicht zur Stelle  
war. Wir haben nicht im geringsten die Absicht  
gehabt, eine Diskussion zu machen. Wenn Sie  
sich einverstanden sind, daß diese Kräfte zur  
Behandlung der Reichsregierung gehören sollen,  
dann finden Sie meine volle Zustimmung.

Abg. Dr. Wambach (Zentr.): Die Revo-  
lution hat jetzt eigenen Weg in den einzelnen  
Bundesstaaten die Verwaltung der Schule durch-  
geföhrt. Wir verlangen die Einheitschule, die  
eine weltliche und Arbeitschule sein soll. Wir  
wollen der Religion die große, heilige Welt-  
anschauung des Sozialismus entgegen. Wir den-  
ken nicht daran, damit irgend einen Gewissens-  
zwang auszuüben oder die Gewissensfreiheit an-  
zusehen zu wollen. Wenn die Eltern ihren Kin-  
dern Religionsunterricht geben lassen, so kann  
das außerhalb der Schule stehen.

Hierauf verlegt sich das Haus auf Mittwoch  
2 Uhr.

## Sächsische Volkshammer.

Dresden, 11. März.

Auf der Tagesordnung stehen drei Anträge,  
die auf Vorschlag des Präsidenten hinterein-  
ander bearbeitet werden, ehe es zur Aussprache  
kommt. Den ersten Antrag, die Neugestaltung  
der Kreis- und Bezirksverwaltungen betreffend,  
begründet

Abg. Zehndt (Zos.): Man hatte er-  
wartet, daß mit der Verordnung über das Ge-  
meindeverwaltungsrecht auch eine Neugestaltung der  
Kreis- und Bezirksverwaltungen kommen würde.  
Diese Behörden haben sich auf einer bestimmten